

Danziger



Zeitung.

№ 16861.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherrhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratekosten für die sieben gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Januar. (Privattelegramm.) An dem gestrigen ersten Frachtabend im Opernhause war die Wolkens-Aufführung weit weniger besucht als jemals vorher. Viele verließen nach dem ersten oder zweiten Akt das Haus. Die Toiletten und der ganze Eindruck waren durchaus nicht glänzend.

Rom, 10. Januar. (W. L.) Der „Osservatore“ schreibt: Graf Brühl erklärte bei der Ueberreichung des Handschreibens des Kaisers Wilhelm, er sei beauftragt, den Ausdruck der freundschaftlichen Gefinnungen des Kaisers zu erneuern; die Kaiserin und der Kronprinz vereinigten ihre Wünsche mit denen des Kaisers auf eine lange Regierungsdauer des Papstes. Der Papst erwiderte, er erkenne dankbar an, daß der Kaiser bei vielen Anlässen zweifelhafte Beweise wohlwollender Gefinnungen gegeben habe, namentlich während der Verhandlungen zur Herbeiführung des religiösen Friedens in Deutschland. Der gegenwärtige neue Beweis berechtige zu der Hoffnung, daß der Kaiser das begonnene Werk krönen wolle. Der Papst drückte seine besten Wünsche für die kaiserliche Familie und die volle Wiederherstellung des Kronprinz aus.

Warschau, 10. Jan. (Privattelegramm.) Hier erfolgten in verschiedenen polnischen Redactionen nächtliche Hausdurchsuchungen. — Ein an die hiesigen Studenten aus unbekannter Seite verschicktes polnisches Pamphlet, welches die akademische Jugend zu patriotischen Demonstrationen auffordert, wurde als in einer russischen Druckerei hergestellt erkannt.

Konstantinopel, 10. Jan. (Privattelegr.) Der russische Hauptmann Nabokow ist mit dem Rest seiner Schaar wohlbehalten aus Burgas eingetroffen. Von Odeffa langten hier gegen 3000 Genueure nebst Munition zur Vertheilung an die Mannschaft Nabokows an.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Januar.

Die starke Zunahme des Baarvorrathes der Reichsbank

In den letzten Jahren wird aus Anlaß der Jahresübersicht von allen Seiten mit Befriedigung constatirt. Seit Ende 1884 hat sich, trotz mancher im Laufe der Zeit vorgekommenen Schwankungen, der Baarvorrath jedesmal am Jahres-schluß beträchtlich höher gestellt als im Jahre vorher; von Ende 1886 bis Ende 1887 ist er von 669 Mill. Mk. auf 766 Mill. Mk., also um 97 Mill. Mk. gestiegen. Da die Zunahme nach Lage der Verhältnisse im wesentlichen als eine Vermehrung des Goldbestandes anzusehen ist, so spricht selbst das Berliner Organ der Bimetallisten die Ueberzeugung aus, daß man bei so stark gewachsenem Goldvorrath ungünstigen Eventualitäten mit Ruhe entgegengehen könne.

Dieses Urtheil, welches ja auch nur die von den Freunden der Goldmark immer vertretenen Anschauung bestätigt, ist unzweifelhaft; nicht richtig aber ist es, wenn das Wachsen des Baarvorrathes vorzugsweise den Anstrengungen der Reichsbank zugeschrieben wird. Daß Gold einem Lande zufließt oder von ihm weggeht, ist einfach die Folge

des Wechselcurfes, der bedingt, daß hinausföndung fremder Wechsel gegen Bezug von Gold einlen, wenn auch stets nur minimalen, Nutzen bringt oder umgekehrt. Diesen Wechselcurf macht aber weder die Reichsbank noch sonst eine wie immer hochstehende Behörde. Er ist das elementare Ergebniß der Gesamtbewegung des Weltverkehrs, welche ebenso wenig lenkbar ist wie die Bewegung von Wind und Wolken. Die Reichsbank kauft auch kein Gold im Auslande, sondern dies besorgt die Geschäftswelt auf dem Wege der von der agrarischen Welt als bössartige Teufelei verfolgten Arbitrage. Die Bank übernimmt von diesen Geschäftseuten das Gold, das sie ihr ins Haus bringen, und sie muß es ihnen zu einem bestimmten Preis abnehmen, weil das Bankgesetz es ihr vorschreibt und dadurch allein die Erhaltung des richtigen Niveaus des Metallumlaufes verbürgt ist. Innerhalb der Grenzen des Bank- und Münz-Gesetzes, deren richtiger Veranlassung das wahre Verdict zukommt, Deutschlands Goldverkehr auf solches Grundlag gestellt zu haben, kann sich die Bank darum nichts desto weniger verdient machen, hauptsächlich indem sie Fehler vermeidet und nebensächlich indem sie gewisse kleine Erleichterungen bei der Praxis der Uebernahme und Abgabe des zu- und abfließenden Goldes gewährt. Die Vermeidung der Fehler liegt in der Kunst, die richtige Discontopolitik zu verfolgen, dem Markte keinen niedrigeren und keinen höheren Zinsfuß aufzuzwingen als seinem natürlichen Gang entspricht — ein Fehler, in den die französische Bank oft verfiel und den die italienischen Banken zum Schaden der Währungsverhältnisse ihres Landes neuerlich nicht zu vermeiden gezwungen haben. Wenn der deutschen Bankleitung die Gerechtigkeit widerfahren soll, daß sie hierin stets correct zu handeln bemüht gewesen, so wird man gewiß keinen Widerspruch erheben. Gleicher Weise hat sie im Laufe der Zeiten gelernt, gewissen Schwerfälligkeiten im Punkte der Uebernahme von Gold und der nicht minder wichtigen Abgebung desselben zu entsagen, obwohl noch jetzt hier und da Klagen auftauchen, daß nicht alle wünschenswerthen Erleichterungen gewährt würden.

Das wahre Verdienst der Reichsbankleitung liegt auf dem Gebiet des Giroverkehrs, und hier kann man ihr volle Anerkennung zukommen lassen. Diese Anerkennung soll auch nicht geschmälert werden durch die Erinnerung an den großen Fehler, der unter Ausrufung der Bankleitung durch die Einstellung der Silberverkäufe in der deutschen Währungspolitik gemacht worden ist.

Relictenbeiträge und Beamtengehälter.

Der Münchener „Allgem. Ztg.“ wird aus Norddeutschland geschrieben: „Die Befriedigung über den in Aussicht stehenden Erlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge ist in Preußen keineswegs so allgemein, wie man nach gewissen Stimmen annehmen sollte. Einerseits wäre das sog. Relictengesetz zunächst einer Verbesserung in ganz anderer Richtung bedürftig, welche es in größerer Verwandschaft mit manchen jüdischen entsprechenden Einrichtungen brächte. So ist, um nur eines zu erwähnen, die Höhe der Beiträge von der Höhe des Einkommens, aber die Höhe der Beiträge vorzugsweise vom Dienstalter abhängig, und nach dessen die inhumane Bestimmung, daß vor Ablauf des 10. Dienstjahres keinerlei Pension gewährt wird. Hier wären also etwa vorhandene Mittel besser anzuwenden, als durch Erlaß der 3 Proc. Beitragspflicht; einen Erlaß, welcher, als Einkommenerhöhung angesehen, in der selbstsamsten Weise eine nach oben

erhöhdende Gehaltszulage bilden wird. Nicht mit Unrecht wird eine allgemeine 3procentige Erhöhung als ein Umweg angesehen, auf welchem man, unter dem Schein der Wohlthat an alle, die Verpflichtung, sich eingegangener Verpflichtungen zu erinnern, umgehen will. Nachdem i. J. 3. schon die Relictenbeiträge auf eine reichlich zeitgemäße Höhe gebracht sind (800 bis 2000 Thaler für die Amtsräthe nebst Wohnungsgeld) und einige andere Altsassen allmählich haben folgen können, fehlt es u. a. für die Forstbeamten und den höheren Lehrstand noch gänzlich an der versprochenen und sonst auf bessere Geldlage hinausgeschobenen Maßregel, und ihr Gehalt steht noch auf 600 bis 1500 Thaler mit Wohnungsgeld.“

Diese und ähnliche Klagen sind durchaus berechtigt; aber eine Wirkung werden dieselben nicht haben. Die Aufhebung der Relictenbeiträge ist nur ein Nothbehelf. Nur weil der Reichstag die Befreiung der unverheiratheten Officiere vom Hauptmann 2. Klasse abwärts von Beiträgen, die jeder Unterbeamte zu leisten hat, nicht gestehen wollte, verfiel die Regierung der Weigerung der Militärbehörden gegenüber auf das radicale Auskunftsmitel, die Beitragspflicht aller Kategorien von Beamten und Militärpersonen aufzuheben. Daß eine solche Maßregel nicht in den Rahmen einer organischen Reform der Beamtengehälter, bei der in erster Linie die Erhöhung der Subalternbeamtengehälter in Betracht kommen möchte, hineinpaßt, versteht sich von selbst.

Von anderer Seite, z. B. von den „Hamb. Nachr.“, wird die Bestimmung des Gehaltensurfs bemängelt, derzufolge die Beamten, die bei den alten staatlichen Wittwenkassen verblieben sind, die also Beiträge auf das Reich nicht gezahlt haben, keinen Anspruch auf Pension haben sollen, wenn sie die Beiträge, die sie nach dem Gesetz von 1881 hätten entrichten müssen, nicht nachträglich bezahlen. Diese Beamten haben an die staatlichen Wittwenkassen aus bisher schon, theilweise sogar höhere Beiträge bezahlt. Nichtsdestoweniger sollen sie gezwungen werden, auch jetzt noch, wo das Reich auf Beiträge verzichtet, die Beiträge an die Wittwenkassen fortzuführen oder nachträglich für die Zeit seit Erlaß des Relictengesetzes die dreiprocentigen Beiträge zu entrichten, wenn sie auf Wittwen- und Waisengeldansprüche aus der Reichskasse Anspruch machen. Die „Hamb. Nachr.“ verlangen, daß die Wohlthat des neuen Gesetzes den Beamten, welche ihren Anspruch gegen die (staatlichen) Wittwenkassen aufzugeben bereit sind, unbedingt und ohne weiteres zugewendet werde.

Nachtragssatz.

Dem Bundesrath liegt der Nachtragssatz zu militärischen Zwecken zur Zeit noch nicht vor, doch ist ein solcher schon seit längerer Zeit angezeigt gewesen, und es scheint festzustehen, daß es unter 100 Millionen nicht abgehen wird. Dem Vernehmen nach sind die Beratungen über die bezügliche Vorlage im Kriegsministerium noch nicht abgeschlossen, doch es ist wahrscheinlich, daß wenn nicht früher, bei Berathung des Militäretats die Gelegenheit geboten sein wird, dem Reichstage Näheres darüber mitzutheilen. Im übrigen verläuft, daß ein Nachtragssatz vielleicht auch noch zum Etat des Reichsamts des Innern und jedenfalls bezüglich des Auswärtigen Amtes zu erwarten sei.

Die „Berechtigung“ höchster landwirthschaftlicher Schulpreise

wird neuerdings in den „Preussischen Jahrbüchern“, die allerdings noch vor einem Jahrzehnt auf einem ganz anderen wirthschaftspolitischen Standpunkte

standen, sehr energisch vertreten. Das Hauptge-
wicht wird in diesen Betrachtungen darauf ge-
legt, daß, wenn wir heute keine Zölle hätten,
„unsere sämmtlichen Landwirthe auf nahezu die
Hälfte ihrer gewohnten Brutto-Einnahme reducirt
sein würden“. Der Beweis für diese Behauptung
soll dadurch erbracht werden, daß durch eine
Vergleichung der Preise des Jahres 1886 mit
denen des Jahres 1837 dargethan wird, daß die
Preise der letzten Jahre ungewöhnlich niedrig ge-
wesen seien; in rascher Manipulation wird als-
dann kurzer Hand weiter erklärt:

„daß es mit allen anderen landwirthschaftlichen Pro-
ducten, seit den letzten Jahren sogar mit Fleisch und
Butter annähernd ebenso sei. Man möge daneben in
Gegenrechnung stellen, so viel man wolle, niedrigere
Preise im Einkauf, Niedergang des Zinsfußes, selbst
Heruntergehen der Hauptausgabe, der Löhne, obgleich
erfahrungsmäßig diese nur sehr schwer und langsam
von einem einmal erreichten Niveau herabsteigen, den-
noch würde für die ungeheure Mehrzahl der Land-
wirthe eine Netto-Einnahme überhaupt nicht geblieben
sein.“

Auf den ersten Blick muß es doch auffallen,
daß in derartigen Erörterungen, welche auf einen
Zeitraum von 50 Jahren zurückgreifen, aller seit
jener Zeit sowohl im Ackerbau wie allen anderen
landwirthschaftlichen Betrieben eingeführten tech-
nischen Verbesserungen, die doch für den Ertrag
allmählich von geradezu ausschlaggebender Bedeu-
tung geworden sind, auch nicht mit einem Worte
Erwähnung geschieht. Auf derselben Grundfläche,
auf welcher von dem Besitzer bei sorgfältigem
Anbau vor 30 oder 40 Jahren ein Centner Weizen
gewonnen wurde, wird heute bei gut geleiteter
Wirthschaft in normalen Jahren mindestens das
Doppelte dieses Quantum geerntet; die Diebstahl-
tendenz heutiger Tage einträglicher Methoden be-
trieben, von denen die vorausgegangene Genera-
tion noch gar keine Ahnung hatte; für alle Ver-
arbeitungsstadien der landwirthschaftlichen Pro-
ducte sind sinnreiche Apparate in Thätigkeit gesetzt
worden, welche die Herstellungskosten auf einen
Bruchtheil des früher nothwendigen Aufwandes
herabgedrückt haben, wie z. B. die Fabrication der
Butter heute in der Hauptsache nicht mehr mit dem ur-
väterlichen Butterfass, sondern in selbständiger Unter-
nehmung oder in gesellschaftlichem Verban-
de mit Centrifugen etc. betrieben wird. Dazu kommen
endlich speciell bei Getreide die geeigneten Ernten
der letzten Jahre, deren gewaltiger Ertrag für
die Mehrzahl der Landwirthe das Sinken des
Preises mehr als ausgeglichen hat.

Von dieser ganzen ungeheuren Entwicklung
des landwirthschaftlichen Betriebes und der damit
verbundenen Ermäßigung der Herstellungskosten
wissen die „Preussischen Jahrbücher“ gar nichts zu
melden. Eine ähnliche einseitige Anschauung ist in
den Vorträgen der letzten Jahre freilich von
den Interessenten innerhalb und außerhalb des
Parlaments oft genug vertreten worden; sie hat
aber wiederholt so sachgemäße und gründliche
Widerlegung erfahren, daß eine Zeitfchrift, welche
wenigstens den Schein einer sachlichen Abwägung
der Gründe für und wider zu wahren sucht,
auf den Gebrauch dieser ganz oberflächlichen Er-
örterungen doch verzichten sollte.

Prinz Wilhelm und die Berliner Stadtmision.

In Anknüpfung an den gestern von uns mit-
getheilten Briefwechsel zwischen dem Prinzen Wil-
helm und den Hofprebignern schreibt unser Ber-
liner Correspondent:

Als eine Desavouierung der Stöcker'schen hierarchisch-
conserativen Parteibestrebungen wird die Antwort des
Prinzen Wilhelm auf die Neujahrsglückwünsche der Hof-
und Hofprebignern anzusehen sein. Auffallend mußte es
schon erscheinen, daß die Berücksichtigung der Einkünfte,

einerschreitet, noch etwas wie geistige Einkehr,
Betrachtung und Nachsicht möglich sein wird,
wie er ihrer bedürfte, um über Herzen so siegreich
zu sein wie über Lasten.

Das Publikum empfindet und behandelt (schlie-
lich ganz offen) die Vorträge des Herrn Sauer
als Erquickungen gegenüber denen des Pianisten,
und die Gesangs- und Sprech- von Spohr konnte man
nach der Beethoven'schen Sonate, so wenig auch
jene als Composition dieser etwa überlegen ist,
auch gar nicht anders empfinden. Abgesehen von
der noblen schlanken Bogenführung des Virtuosen,
seiner absoluten Klarheit im Spicatto, die manche
Tonreihen geradezu wie auf dem Clavier ange-
schlagen erscheinen ließ, seiner unbedingten Rein-
heit (wiewohl er zeitweise mit seiner „Quinte“ zu
hampfen hatte) und von der, wie gesagt, ganz
eminenten Leichtigkeit in den Schwierigkeiten war
hier alles Empfindung, süß und feurig, wie ein
edler Wein, und vollendeter Geschmack, fern von
aller Aufdringlichkeit, allen subjectiven Manieren:
indem Vorträge vermochte man immer noch einmal
sich für das Spohr'sche Werk zu interessieren, ihm
in seine weiche edle wie wohl heut schon etwas ver-
blasste Sentimentalität (die der ersten Jahrhun-
derte) zu folgen. Herr Sauer
spielte in der Mitte des Programms Sarabanda
und Tambourin von Leclair (1697—1764), erstere
offenbar zu langsam, weil so der 3/4-Tact und der
Tanzcharacter unkenntlich ward; am Schluß
Introduktion und Capriccio von Saint-Saens,
ein außerordentlich geistvolles und erfindungs-
reiches Stück, in den Rhythmen nicht selten an
„Carmen“ erinnernd — so schreibt, und so spielt
auch nur ein Franzose: die Geige steht noch glück-
lich auf ihr nicht so leicht herrschenden Vortra-
ge, sie ist nicht so leicht in seine Fesseln einzu-
schließen, auf seine Manieren zu drillen und ist
in der Hand eines reifen und achten Künstlers
wie Sauer musikalisch ein besserer Wärmeleiter,
ein tiefer wirksames Culturmittel als das Klavier
unter den Händen unserer „Berühmtheiten“.

C. F.

Concert.

Wohl selten sind zwei Künstler, die sich zur Aus-
führung eines Programms vereinigen, als die dem Buchstaben nach
fast einander gleichen Herren Emil Sauer und
Emil Sauer: jener Franzose aus dem Herzen
Frankreichs (Depart. Cher), geb. 1852, eine voll-
kräftige Mannesgestalt, von edlem Aussehen, hierin
Spohr nicht unähnlich, der nur größer war, der
andere ein Jüngling (geb. 1862 in Hamburg) von
schmächtiger Gestalt und behäufendem Aßen; jener
voll Wärme, Gesinnung, Empfindung, aber in allem
Außen an sich haltend, fast verschlossen — dieser
in seinem Spiel etwas demonstrativ von Geberden
und des tieferen seelischen Gehaltes, seiner Jugend
gemäß, noch entbehrend; beide übereinstimmend
nur in der spielenden Bewältigung der größten
Schwierigkeiten, worin der jüngere Künstler in
seinem Fach, so wie beide sich an diesem Abend zu
erkennen gaben, fast noch höher dastehen und jeden-
falls noch mehr staunenerregenden Glanz entwickelt
als der ältere. Allerdings spielte Herr Emil Sauer
etwas zu viel, und Herr Emil Sauer viel zu
wenig: der Löwenanteil der Leistung fiel quanti-
tativ Herrn Sauer zu, der des Beifalls jedoch
Herrn Sauer.

Zum Klavierspielen gehören bekanntlich erstens
Technik, zweitens Technik und drittens Technik,
aber (heute freilich fast unbekannter Weise) viertens
Kenntnisse aus dem Bereich der Musikgeschichte
und allgemeinen Bildung, fünftens Geschmack und
Empfindung. Die ersten drei Anforderungen, ihre
Lösung, die ersten drei Anforderungen, erfüllte Herr
Sauer: eine solche Technik haben wir bisher nur
an Taubnits noch wahrzunehmen — merkwürdig,
daß die sehr wenigen bemerkenswerthen Ansätze
in dieser Richtung gerade das technisch leichteste
der vorgetragenen Stücke, nämlich einige nur
sehr relativ „schwere“ Noten am Schluß des
zweiten und gegen Ende des letzten Satzes der
Beethoven'schen Sonate betrafen, mit welcher Herr

Sauer den Anfang machte, um sofort auch dem
gebildigsten Kenner zu beweisen, daß er jenen
anderen künstlerisch höheren Anforderungen zur
Zeit noch nicht gewachsen ist; alle jene Mittelchen
und Witzchen, um zu imponiren und zu blenden,
wie wir sie an modernen Pianisten gewohnt sind:
ein brüllendes Forte neben einem flüsternden Piano,
bei welchem man alle Gasflammen im Saale
singen hört, aufdringliche Contraste jeder Art, jenes
unmäßige 3/8-haut relief der Melodie, welches die
Harmonie und metrische Begleitung zu einem Nichts
herabdrückt, jene übermäßige Spannung durch über-
lange und allzu seltene Schlüsse — Dinge, die den Kenner
doch nachgerade gegen den Künstler, der sie nicht ver-
schmäh, aufbringen vermögen — wir mußten sie
auch hier ganz gegen unsere Hoffnung wahrnehmen.
Denn als wir lasen: Beethoven op. 31 G-dur,
mußten wir denken: doch wieder Einer, der es
wagt, ein großes Adagio von Beethoven und ein
äußerlich anspruchsloses Allegretto, wie es der letzte
Satz dieser Sonate ist, zu spielen. Aber nur mit
dem ersten Satz derselben vermochten wir in
Herrn Sauer's Vorträge auszugleichen — in-
dessen die Lehre, die derselbe durchweg befolgte,
daß Beethoven's Forte eine „absolute Größe“
sei, ist veraltet und um so falscher, als Beethoven
Flügel von dem Alangermögen und der Con-
traffähigkeit der unsrerer weder kennt noch
achtet. Was von der wahrhaften künstlerischen
Schwärmerei des Adagios etwa übrig blieb,
lag darin, daß die Wirkung dieser eben
harmonien bei äußerer Correctheit eben nicht
ganz zu vereiteln möglich ist, und der
höheren das Meister von dieser Schwärmerei
sicherer Erinnerung und seiner Liebe zu dem
Stück, wie in seiner Verehrung für Beethoven
mitbringt: wir verzeihen aber dafür, daß dieser
Vortrag aller historisch in dem Werke begründeten
Empfindsamkeit ledig war, nur auf die völlig
tautologische Ausföndung der phantastischen (ohne
Takt notirten) Stellen in diesem Satz, als wären
sie nur dazu da, flink wie ein Schnürchen abzu-
rollen, vorüberzujuchsen, statt dem Spieler zu

einem freien phantastischen sich Ergehen,
dem Hörer zu geistigem Ausruhen Gelegenheit zu geben.
Und gar der ebenfalls improvisirende Schluß des
letzten Satzes war ein unverkennbarer Beweis
geistiger Beherztheit darüber, was mit ihm an-
zufangen sei. Auch das so leicht am Schluß der
Reihe „wie zum Ueberfluß“ hingeworfene letzte
Nachstück von Schumann, von ihm ausdrücklich
als „Einfach“ und weit überwiegend piano be-
zeichnet, gab Herr Sauer viel zu „piano“ und
anspruchsvoll.

An den anderen Stücken, die Herr Sauer ge-
wählt hatte, ist musikalisch nichts zu verwerfen,
wenn man sie technisch beherrscht: das Allegro der
Concert von Chopin ist, wie jeder Chopin-Kenner
weiß, das äußerlich seiner größeren Klarheit
stärker; gleichwohl war es interessant, das sehr
schwierige Werk in dieser absoluten technischen
Vollendung zu hören. Zuletzt spielte Herr Sauer
die Tocatta der piano-Virtuosität 1. eine Tocatta,
2. eine „alte Menuett“ von Scambati (Scalari
Cis's, seit 1877 erster Klavierprofessor an der
Cäcilien-Akademie zu Rom, sonst ein sehr respec-
tabler Komponist), 3. eine Concert-Stücke von sich:
die Tocatta (uns bisher unbekannt) scheint ein
geistreiches Stück zu sein, die Menuett ist von
affectirter Antiquität und die Etüde des Herrn
Sauer eine öde überlange Composition: trotz
der unglaublichen, für den Klavierspieler an sich
specifisch entzündenden Lösung der wahrhaft diabo-
lischen technischen Probleme, welche die Nr. 1 und 3
bieten, gab das Publikum selbst, indem es hierbei
völlig theilnahmlos blieb, den besten Beweis, daß
es das musikalische überhörsch ist. Mit Geist an
werthvolle geistreiche Musik gewandt, hätte diese
Fertigkeit Jubel und vielfachen Hervorruf bewirken
müssen, aber es bleibt noch gar keine Compo-
sitionen von bleibendem und hohem Werth, die
mit diesen hyperbeln der Schwierigkeit gepfeffert
wären. Ob dergleichen möglich sind, bleibt abzu-
warten; ebenso ob diesem Pianisten, der so jung
auf den Höhen der modernen Berühmtheit

vom 31. Dezember 1887 und 3. Januar d. J. datirten Schreiben zuerst durch die „Allg. Ztg.“ erfolgte und war fast in demselben Augenblick, wo die „Kreuztg.“ behauptete, der Reichskanzler Fürst Bismarck ließe mit der Bekämpfung der Waldersee-Verfallung durch die Presse nicht in Verbindung. Die Veröffentlichung ist offenbar gegen die „Kreuztg.“ erfolgt, nachdem sich gezeigt, daß Hr. Stöcker die Antwort des Prinzen Wilhelm nicht aufzufassen gewillt war. Einen directen Commentar der Antwort des Prinzen Wilhelm vermieden die Abendblätter, aber zweifellos im Zusammenhang mit derselben veröffentlicht die „Post“ unter dem Titel: „Das Actions-Comité für die Stadtmillion und seine Aufgabe“ eine sehr beachtenswerthe Auseinandersetzung. Das freiconservative Blatt ist zwar nicht der Ansicht, daß das vorhandene Beweismaterial, d. h. die bekannten Stöcker-Artikel des „Dahleim“, die Verdienste der Stadtmillion um die conservative Bewegung in Berlin und die Zeugenaussagen im Stöckerprozeß, welche die Agitation der Stadtmillion zu Gunsten des Stöcker'schen „Reichsbote“ bezeugen, zu der Annahme nöthige, daß die Berliner Stadtmillion neben ihrem eigentlichen Zweck auch politischen oder kirchlichen Parteizwecken diene; gleichwohl verlangt es, daß dem Verdacht einer mißbräuchlichen Verwendung der Erträge der in der Waldersee-Verfallung beschlossenen Selbstsammlung vorbeugt werde, und zwar soll in der Organisation der Stadtmillion Sicherheit dafür geschaffen werden, daß derselben Parteizwecken fernbleiben. Es würde z. B. die Einfügung eines dem kirchlichen und politischen Parteileben fernstehenden, lediglich religiösen und ethischen Zielen zugewandten Elements in die Leitung, welches auch den Herrn Stöcker als Parteimann bekämpfenden Kreisen volles Vertrauen einflößt, in Betracht kommen. Damit würde auch äußerlich der parteilose Charakter des Unternehmens mehr als bisher hervortreten. Das am 28. Nov. v. J. eingeleitete Actionscomité, an dessen Spitze Herr v. Puttkamer steht, werde es ohne Zweifel als seine vom politischen und rein vom Interesse der Sache bedingten Gesichtspunkte dictirte Aufgabe erkennen, nach allen Richtungen von der Action alles fern zu halten, was als eine Förderung hierarchisch-conservativer Parteizwecken angesehen werden könnte. Wird dieser Gedanke streng durchgeführt, so würde die Berliner Stadtmillion das werden, als was sie von dem Prinzen Wilhelm nach dessen Schreiben vom 3. Januar angesehen wurde, nämlich als eine Veranstaltung für das Wohl der körperlich oder geistig Nothleidenden, für welche jeder „unbeirrt von politischen Parteibestrebungen“ eintreten kann. Indirect ist damit freilich zugegeben, daß Prinz Wilhelm, als er in der Waldersee-Verfallung die bekannte Ansprache hielt, sich über den Charakter der Stadtmillion geäußert hatte. „Kreuztg.“ und „Reichsbote“ sind offenbar von der neuen Wendung der Dinge so betroffen, daß sie bisher noch nicht Worte gefunden haben, sich über dieselbe auszupressen. Schmerzlich aber wird Herr Stöcker den Verzicht, ihm die Leitung der Stadtmillion und die Ausbeutung derselben im Interesse der christlich-socialen Partei zu entwickeln, stillschweigend hinnehmen. Auf den weiteren Verlauf in dieser Angelegenheit darf man gespannt sein. Im übrigen ist es charakteristisch, daß der Aufruf zu Sammlungen, welcher vorläufig zur Unterzeichnung in Circulation gesetzt ist, keine Silbe davon sagt, daß Prinz Wilhelm, als er am 28. November v. J. in der Verfallung des Grafen Waldersee erschien, mit Ermächtigung des Kaisers handelte. Die Ermächtigung des Kaisers bezog sich lediglich auf das ursprünglich beabsichtigte große Reiterfest, welches bei seinem militärischen Charakter der Zustimmung des Kaisers bedurfte.

Dagegen schreibt die „Liberal Correspondenz“: Prinz Wilhelm erklärt hiermit, daß er sich in der Unterzeichnung der Bestrebungen der Stöcker'schen Stadtmillion durch „politische Parteibestrebungen“ nicht werde irre machen lassen. Daß die Stöcker'sche Stadtmillion unter dem Vorwande, den geistig Nothleidenden zu helfen, politische, d. h. conservative Ziele verfolgt, ist für den Prinzen Wilhelm kein Geheimniß. Ob religiöse oder politische Motive für die Thätigkeit des Prinzen Wilhelm zu Gunsten der Stadtmillion maßgebend gewesen sind, fällt nicht ins Gewicht; die Hauptsache ist die Unterzeichnung der Stöcker'schen christlich-socialen Bestrebungen durch den künftigen Thronfolger. Durch die Berufung des Prinzen Wilhelm auf den Kronprinzen wird der Widerspruch nicht abgemindert. Nicht nur, daß der Kronprinz niemals Beiträge zur Stadtmillion gegeben; er hat auch gewisse Bestrebungen des Herrn Stöcker öffentlich als eine Schmach für die deutsche Nation bezeichnet. Wenn es dem Prinzen Wilhelm lediglich um die „Hebung des Wohles aller Nothleidenden“ zu thun gewesen ist, so hätte er eine Unterzeichnung der Stadtmillion seinerseits von dem Verzicht auf jede politische Nebenbetheiligung der Mission abhängig machen müssen. Da das nicht geschah, so hat Prinz Wilhelm sich zum Förderer der christlich-socialen Parteibestrebungen der Herren Stöcker u. Gen. gemacht. Das Antwortschreiben an die Herren Rögel u. Gen. ist vielleicht dazu bestimmt, der Ausbeutung der Verfallung beim Grafen Waldersee zu Parteizwecken vorzubeugen. In diesem Falle aber wird Prinz Wilhelm den Zweck nur erreichen, wenn er einem Unternehmen, welches auf die Ausbeutung körperlicher oder geistiger Nothstände im Interesse einer bestimmten politischen Parteidirection begründet ist, in Zukunft seine Unterzeichnung verweigert.

Zur diplomatischen Lage.

Mit Beugnahme auf die in letzter Zeit öfters in der Presse vertretene gewesene Ansicht, daß die Kriegesbefürworter, die in Oesterreich-Ungarn in den Regierungskreisen sowohl wie in den öffentlichen Blättern zum Ausdruck kamen, nur von dem Fürsten Bismarck angefaßt worden seien, der damit seine eigenen politischen Zwecke verfolgte, erklärt der „Pester Lloyd“ — und die „Nordd. Allg. Zeitung“ giebt diese Ausführungen wieder —, er seinerseits habe diese Meinung niemals getheilt; aber die Thatsache, daß solche Anschauungen vorgefaßt, und daß sie, auch über die Grenzen der habsburgischen Monarchie hinaus, weitverbreitet waren, stehe außer Zweifel. Nun komme urplötzlich aus Petersburg eine Version, die dem Fürsten Bismarck mit Bezug auf seine nach Oesterreich-Ungarn gerichteten Mahnungen das gerade Gegentheil dessen zuschreibt, was ihm die allgemeine Meinung bisher nachgesagt habe. Es solle nämlich der russischen Regierung zu Ohren gekommen sein, daß Fürst Bismarck habe über die Nothwendigkeit größerer Mäßigung der österreichisch-ungarischen Politik und ihrer Aspirationen auf der Balkan-Halbinsel.

Das genannte Pester Blatt glaubt, die Wahrheit liege weder in der einen noch in der anderen Version, sie liege diesmal auch nicht in der Mitte zwischen beiden. Die habsburgische Monarchie könne ihre Politik Rußland gegenüber natürlich in erster Reihe nur aus den Rücksichten auf ihre eigenen Interessen bestimmen. In zweiter Reihe kämen auch die Rücksichten auf die Bundesgenossen in Betracht und diesbezüglich habe sich gerade in der letzten Zeit zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine so vollständige Harmonie der Auffassung ergeben, daß es kaum irgendwelcher Rathschläge oder Empfehlungen bedurfte, um die

ohnehin vorhandene Parallellität der Richtungen herzustellen.

Ein wenig beeinträchtigt konnte der jetzt allgemein vorherrschende friedliche Eindruck zwar durch die bekannt gewordene Vorziehung zweier weiterer russischer Cavallerie-Divisionen bis zur Grenze werden; selbst in Wien legt man jedoch dieser Meldung eine schwerwiegende Bedeutung nicht bei, da die dortigen diplomatischen Kreise nunmehr von den friedlichen Dispositionen überzeugt sind. Ergänzend telegraphirt man noch dem „B. Tagebl.“:

Mehrfaß wird die Wiener Meldung bestätigt, daß zwei weitere russische Infanterie-Divisionen an die westlichen Grenzen des Jarenreiches gesendet werden sollen. Die russischen Vertreter, beziehentlich Militärattachés hätten diese Maßregel angekündigt, sie allerdings aber auch gleichzeitig motivirt, indem sie dieselbe als längst geplante bezeichneten und ihr jeden aggressiven Charakter absprachen.

Rußlands Flotte im Schwarzen Meere.

Die „Morning Post“ bringt in ihrer Nummer vom 26. v. M. eine Darstellung von Rußlands neuer Flotte im Schwarzen Meere, welcher Folgendes entnommen ist: Letzte Woche wurde das sechste Boot einer Flotte von mächtigen Corvetten, welche Rußland jetzt im Schwarzen Meere besitzt, vom Stapel gelassen. Diese Fahrzeuge haben eine Länge von 210 Fuß und dementsprechende Breite. Ausgerüstet sind dieselben mit zwei achthölligen Kanonen von je 9 Tonnen Gewicht, einer sechshölligen Kanone, sechs Maschinen-Geschützen und zwei Torpedo-Rohren. Die Namen dieser Fahrzeuge sind: „Tschernomorsk“, „Zaporog“, „Donez“, „Uralek“, „Terek“, „Rubanek“. Die Maschinen haben 1500 indicirte Pferdekraft und stammen aus dem Etablissement der Herren Nagler u. Co. in Glasgow. — Gleichzeitig soll die russische Panzerflotte im Schwarzen Meere verstärkt werden. Es sollen sechs Panzerschiffe I. Ordnung gebaut werden; zwei davon können demnächst in Dienst gestellt werden, ein drittes naht seiner Vollendung. Diese drei Schiffe sind von gleichem Formate und mit 16hölligen Panzerplatten gedeckt. Ausgerüstet sind diese Schiffe mit sechs zwölfhölligen Kanonen, sieben sechshölligen Kanonen und mit einer Anzahl von Maschinengeschützen und Torpedo-Rohren. Die Maschinen haben 11 500 indicirte Pferdekraft und eine Geschwindigkeit von 15 Knoten; sie heißen: „Tschesmet“, „Katharina II.“ und „Sinope“. Außerdem besitzt Rußland 20 Torpedoboote erster und zweiter Klasse in Sebastopol, einen Torpedogreuzer von 213 Fuß Länge und einer Geschwindigkeit von 20 Knoten.

Auch bezüglich der Fahrzeuge für den Truppentransport hat Rußland seine Leistungsfähigkeit bedeutend erhöht. Es stehen ihm jetzt nicht nur die 6 Dampfer der freiwilligen Flotte zur Verfügung, sondern auch ein halbes Duzend neuer Dampfer, welche die Dampfschiffahrts-Gesellschaft des Schwarzen Meeres ihrer Flotte seit 1878 hinzugefügt hat, ganz abgesehen von den zahlreichen Dampfern, über welche private Firmen verfügen. Das genannte Blatt schließt an jene Angaben nachfolgende Betrachtungen an über die militär-politische Bedeutung des russischen Vorwärtens im Schwarzen Meere: Es ist schon jetzt nicht zu viel gesagt, heißt es dort, wenn man annimmt, daß Rußland im Stande ist, die Seeherrschaft im Schwarzen Meere gegen die Türkei zu behaupten, so lange letztere keinen Alliierten hat. Rußland würde, einen baldigen Ausbruch der Feindseligkeiten vorausgesetzt, in der Lage sein, sofort 2 Panzerschiffe, 4 Kanonenboote und 20 Torpedoboote nach dem Bosphorus zu entsenden, d. h. mehr, als die Türkei vorbereitet ist dagegen aufzustellen.

Die russischen Anstrengungen der letzten Jahre haben praktisch dahin geführt, die noch im Jahre 1878 unbefristete Seeherrschaft der Türkei auf dem Schwarzen Meere in die Hände Rußlands übergehen zu lassen. Aus den Etablissements in Nikolajew und Sebastopol sind leistungsfähige Werften geworden und die frühere Abhängigkeit von dem englischen Kohlenmarkt hat einem Zustande der Dinge Platz gemacht, der darin besteht, daß die russische Kohle die englische auf dem Schwarzen Meere vollständig verdrängt hat.

Deutschland.

* Berlin, 9. Januar. Nicht weniger als 96 Spruchsituationen müssen vom 2. Januar bis zum 16. Juni 1888 im Reichsversicherungsamt abgehalten werden, um in Recursen über Streitigkeiten über Unfallversicherung die rüchständigen und die laufend eingehenden neuen Sachen zu erledigen. Also hat es der Präsident des Reichsversicherungsamts in einem in der „Werkmeister-Zeitung“ abgedruckten Schreiben den Arbeitervertretern, welche dem Reichsversicherungsamt angehören, mitgetheilt. Von September an werden voraussichtlich einen um den anderen Monat wöchentlich 4 Sitzungen abzuhalten sein. Mit Rücksicht auf die Zahl dieser Sitzungen sollen nunmehr bis zum Juni abwechselnd Arbeitervertreter und deren Stellvertreter (für jeden zwei) auf je 14 Tage nach Berlin einberufen werden.

* [Geirathspäne in fürstlichen Kreisen.] In Apenhagen sollen während des Herbstaufenthaltes der vermalten fürstlichen Käufer zwei Geirathspäne ausgeführt worden sein. Erstens wird eine Verbindung zwischen dem Herzog von Sparta, Griechenlands Thronfolger, und einer der jüngeren Töchter des Prinzen von Wales angedeutet, und dann, heißt es, seien der Prinz Albert Victor und die Prinzessin Alexandra von Griechenland, Pathenkind der Prinzessin von Wales, so gut wie verlobt. Prinzessin Alexandra ist eine liebliche Mädchenerscheinung und von hoher Bildung. Sie war ursprünglich dem Großfürsten Alexandrowitsch, dem jüngsten Bruder des Jaren, zugeordnet, doch wollen ihre Eltern jetzt von diesem Plane nichts mehr wissen.

* [Das Gesicht des Herrn Scheidweiler] an den Kaiser betreffs seiner Ansprüche auf die Goldminen in Deutsch-Südwest-Afrika wird officiösem Vernehmen nach abschlägig beschieden werden.

* [Das Seminar für orientalische Sprachen] hat für die Übungen im Türkischen einen „eingeborenen“ Dector in der Person des Herrn J. Maniffadjan gewonnen.

* [Mildere Praxis in der Ausführung des „Ausländer“-Ukases.] Nach einer Mittheilung des in Warschau erscheinenden „Kurper Poranny“ sollen die jüngsten Bestimmungen gegen die in Rußland-Polen und Rußland anässigen Ausländer einigermaßen abgemildert werden, so insbesondere die gegen Ausländer jüdischer Confession gerichteten einschränkenden Verordnungen. Es soll nämlich hiernach denjenigen jüdischen Kaufleuten, welche bisher in dieser Beziehung auf ihre Petitionen keine abschlägigen Bescheide erhalten haben, gestattet sein, Patente der Kaufleute erster Glasse zu lösen, welche sie alsdann zum unbeschränkten Geschäftsbetriebe für das laufende Jahr berechtigen.

Doch wird darauf aufmerksam gemacht, daß die bezeichneten Inhaber dieser Patente gehalten sind, sich bei den qu. Behörden die Erlaubniß zum ferneren Aufenthalt innerhalb der Landesgrenze vor dem 1. Mai (i. e. 13. Mai) dieses Jahres zu erwirken, widrigenfalls sie genöthigt wären, das Land bis zum 1. (13.) Januar 1889 zu verlassen. Weitere Abmilderung der rigorosen Bestimmungen gegen die Ausländer werden in Aussicht gestellt. (Bresl. M.-Z.)

* [Der Reichscommissar Dr. Göring] traf aus Emmerich vom Besuch seiner Familie wieder in Berlin ein und kehrt, nach einer Meldung an die „Rh.-W. Ztg.“, wahrscheinlich im nächsten Monat nach Angra-Pequena zurück.

* [Aus den Anciennetätslisten der Generalität und der Stabsoffiziere] in der neuen Rang- und Quartierliste der Armee hebt die „Nordd. Allg. Ztg.“ besonders hervor, daß Prinz Wilhelm von Preußen in der diesjährigen Rangliste als ältester Regimentscommandeur der Cavallerie verzeichnet steht; der dem Patent nach jüngere Oberst v. Treschow ist bereits Führer der 6. Cavalleriebrigade. Von den Heerführern ist der älteste General der Infanterie General Graf v. Blumenthal. Unter den ältesten Generalleutenants befinden sich der Kriegsminister, der General-Quartiermeister der Armee und der Chef der Admiralität, sowie die Gouverneure von Metz und Straßburg, v. Berken und v. Bergh du Bernols, und desgleichen die Generaladjutanten des Kaisers und Königs Graf v. Lehndorff und Anton Fürst Radziwill.

* [Socialisten - Congreß.] Der socialistische „Peuple“ in Brüssel meldet, daß der internationale Socialisten-Congreß im Spätherbst in London stattfinden werde.

* Aus Spandau berichtet der „Anz. f. S.“: Nunmehr ist auch auf der Munitionsfabrik die Nacharbeit angeordnet worden. Es wurde deshalb eine große Anzahl Arbeiterinnen eingestellt. Posen, 9. Januar. Nach der bisherigen öffentlichen Verhandlung des Socialistenprocesses beantragte der Staatsanwalt, während der Vernehmung der Berliner Geheimpolitisten die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Gericht beschloß, der „D.-Z.“ zufolge, trotz heftigen Widerspruch der Verteidiger, die Zeugen Jyring-Mahlow, Naporra, Schöne und Stillsried geheim abzufragen.

Oesterreich-Ungarn.

* In Pest wurde vorgestern zufolge vertraulicher Anzeige ein Mann verhaftet, bei dem Geld und Documente gefunden wurden, welche vermuthen lassen, derselbe sei ein russischer Spion.

Rußland.

Warschau, 7. Jan. [Zur Hebung des Exports.] Man schreibt der „P.-Z.“: Von Petersburg haben in jüngster Zeit verschiedene Ministerien den russischen Consuln im Auslande sowie den höheren Beamten im fernern Osten Fragebogen zum Ausfüllen zugesandt, in denen zunächst über die Thätigkeit russischer Industrieller außerhalb Rußlands Auskunft verlangt, dann aber die weit wichtigere Frage erörtert wird, in welcher Weise der russische Export am besten zu heben sei. Unter anderem hat man es dabei besonders auf Rumänien abgesehen. Aber auch russische und polnische Industrielle gehen in dieser Hinsicht, wie schon früher einmal angedeutet, selbständig vor. So werden die Moschauer Maschinenfabrikan in Bukarest eine Agentur errichten, in der fortbauend ihre neuesten und leistungsfähigsten Maschinen zur Ausstellung gelangen. Die Exporttreibenden in Rostom projectiren gleichfalls eine Reihe Export-Musterlager, welche in den östlichen Plätzen ins Leben gerufen werden sollen, und all diese Bestrebungen finden in Regierungskreisen sympathische Aufnahme und Förderung. — In Transkaukasien sind zahlreiche Baumwollen-Plantagen in jüngster Zeit angelegt, die schon vorhandenen erweitert und die Bewässerungssysteme wesentlich verbessert worden. Jetzt sind für diese Plantagen neue und vollkommene Maschinen bestellt und es scheint, als ob die transkaukasische Baumwollen-Cultur einen raschen Aufschwung nehmen wolle. Diese Fürsorge der Regierung hat in verschiedenen Kreisen angenehm überrascht, ob aber das so gezeigte Interesse auch anhalten wird, das ist freilich eine andere Frage.

Die Kosten der Unfallversicherung.

Enblich ist dem Reichstage eine Nachweisung über die vollständigen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1886 mitgetheilt worden. Zum ersten Mal liegt damit eine solche Jahresrechnung vor. Die „Frei. Z.“ theilt hieraus Folgendes mit: Die Unfallversicherung im Jahre 1886 erstreckte sich auf 62 Berufsgenossenschaften; die 5 neuen Berufsgenossenschaften, darunter für die Binnen-schiffahrt, das Fuhrwerk, Expedition, Speicherei und Kellerei, waren erst am 1. Juli des Rechnungsjahres in Wirkksamkeit getreten. In diesen 62 Berufsgenossenschaften beliefen sich die

Entschädigungsbeträge auf 1 711 699 Mk., die laufenden Verwaltungskosten dagegen auf 2 324 299 Mark.

Die laufenden Verwaltungskosten, welche sich für das erste Quartal der Wirkksamkeit (Diertel-Quartal 1885) auf 572 751 Mk. beliefen, haben sich mithin im Laufe des Jahres nicht ermäßigt. Von den laufenden Verwaltungskosten entfielen auf Gehälter der Beamten und Bediensteten 1 118 319 Mk., also nahezu die Hälfte, auf Reisekosten und Tagegelber der Personen im Ehrenamt 458 752 Mk.; die Reisekosten und Tagegelber der Beamten betrugen 31 342 Mk.; der Rest entfällt auf sachliche Verwaltungskosten. Zu den Verwaltungskosten treten noch hinzu Kosten der Unfalluntersuchung und der Festsetzung der Entschädigung an Schiedsgerichte, Unfallverhütungskosten im Gesamtbetrage von 277 247 Mk. Die laufenden Kosten überstiegen somit um etwa 50 Procent die Entschädigungsbeträge.

Die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften besteht wesentlich in der Feststellung der Unfälle und der Entschädigungsbeträge. Die Zahl solcher Unfälle aber hat im Jahre 1886 bei den Berufsgenossenschaften nur 9723 betragen. Hieraus ergibt sich, daß jeder Unfall den Berufsgenossenschaften durchschnittlich 260 Mk. Verwaltungskosten verursacht. Hiervon aber muß wiederum in Betracht gezogen werden, daß eine große Zahl von Functionen in den Berufsgenossenschaften ehrenamtlich ohne entsprechende Entschädigung wahrgenommen wird. In den 62 Berufsgenossenschaften waren ehrenamtlich thätig 742 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 2356 Mitglieder der Sectionsvorstände, 6501 Vertrauensmänner, 2445 Arbeitervertreter. Dazu kommen noch bei 404 Schiedsgerichten 404 öffentliche Beamte im Nebenamt als Vorstehende derselben, 1616 Beisitzer, 3232 Stell-

vertreter dieser Beisitzer. Es ergibt sich hieraus also eine Summe von 17 298 Personen, deren Dienst unentgeltlich oder gegen Ersatz der Auslagen (458 752 Mk. Reisekosten und Tagegelber) in Anspruch genommen wurde für die Regelung von ca. 10 000 Unfällen.

Wären also diejenigen Dienstleistungen, welche theils bezahlte Beamte der Reichspost (welche sämtliche Entschädigungsbeträge, ohne Vergütung zu erhalten, auszusahlen hat), theils bezahlte Beamte der Gemeinde- und Polizeibehörden für die Unfallversicherung der Berufsgenossenschaften ausüben, von den Berufsgenossenschaften zu bezahlen, so würden sich jährlich die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften auf mindestens 5 Mill. Mk. belaufen.

Die Einnahmen der 62 Berufsgenossenschaften beliefen sich im Jahre 1886 auf 12 381 958 Mk., darunter 12 231 318 Mark aus Umlagen. Die Ausgaben der Berufsgenossenschaften betrugen 10 305 253 Mark, darunter 5 401 878 Mark Einlagen in den Reservefonds, 2 234 294 Mk. laufende Verwaltungskosten, 590 133 Mk. weitere Kosten der ersten Einrichtung, 69 933 Mk. Unfallverhütungskosten (nämlich 54 941 Mk. für Ueberwachung der Betriebe, 14 802 Mk. Kosten bei Erlassung der Verhütungsvorschriften, nur 190 Mk. Prämien für Rettung), 10 220 727 Mk. Kosten der Schiedsgerichte, 86 587 Mk. Kosten der Unfalluntersuchung und der Feststellungen der Entschädigungen.

Die Gesamtzahl der Verletzten in den Berufsgenossenschaften hat 92 319 betragen bei einer Zahl von 3 473 435 Versicherten, das ist 26,91 pro Mille der Versicherten. Hierzu kommen noch 7840 Verletzte unter 25 878 in Staatsbetrieben versicherten Personen. Die Gesamtzahl der Verletzten beträgt somit 100 159. Inzwischen waren hierunter 89 619 Verletzte mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit von weniger als 13 Wochen. Für diese liegt die Unfallversicherung bekanntlich den Krankenkassen ob aus den Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber. Nur für etwa ein Zehntel der Verletzten, nämlich 10 540, wird nach Maßgabe des Gesetzes über die Unfallversicherung die Entschädigung aufgebracht. Unter diesen Verletzten starben 2716 und hinterließen an Entschädigungsberechtigten 1802 Wittwen, 3949 Kinder, 184 Alceudenten. Länger als 6 Monate wurden völlig erwerbsunfähig 1778, theils erwerbsunfähig 3961 Personen. Eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen bis zu 6 Monaten trat bei 2085 ein.

Unter den 10 540 Unfällen bestand die Veranlassung in 2356 Fällen in bewegten Maschinen, theils in 2258 Fällen im Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen von Gegenständen, in 1922 Fällen im Fall von Leitern und Treppen, Galerien, in Verletzungen und Stößen, während in 2200 Fällen Unglücksfälle bei Fahrzeugen, Beförderung von Lasten, Auf- und Abblenden eintraten.

Die Entschädigungsbeträge beliefen sich für die Verletzten in den Berufsgenossenschaften auf 1 711 699 Mk., wozu noch Entschädigungsbeträge für die Verletzten in den Staatsbetrieben in Höhe von 203 666 Mk. kommen. Die Gesamtsumme an Entschädigungsbeträgen von 1 915 366 Mk. vertheilt sich auf folgende Ausgabeklassen: Kosten des Heilverfahrens für 2802 Erwerbsunfähige 117 103 Mk., Renten an 7132 Verletzte 1 044 316 Mark, Beerdigungskosten für 2618 Verstorbene 125 877 Mk., Renten an Hinterbliebene 457 423 Mk., Kosten der Unterbringung im Krankenhaus 163 997 Mk., Kapitalzahlung an Ausländer 6544 Mk.

Von der Marine.

* Die „Aureuzergatten „Moltke“ und „Gneisenau“, zum Schulgeschwader gehörig, sind am 7. bezw. 8. Januar cr. in St. Vincent (Cap Verdeische Inseln) eingetroffen.

Am 11. Jan.: Danzig, 10. Jan. M.-A. 6.5. S.-A. 8.18. U. 3.59. M.-U. bei Tage.

Betterausichten für Mittwoch, 11. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Ziemlich heiter, vorwiegend trocken bei meist schwacher Luftbewegung und abnehmender Temperatur.

* [Westpreussische Aerzte-Kammer.] Heute Vormittag 11 Uhr fand unter Vorsitz des Herrn Ober-Präsidenten im Sitzungs-Saale des Provinzial-Schul-Collegiums die Constatuirung der Aerztekammer statt. Es wurde gewählt als Vorsitzender Herr Dr. Lissauer aus Danzig, als Mitglieder des Vorstandes die Herren Sanitätsrath Dr. Scheele-Danzig, Dr. Wothke-Neuteich, Sanitätsrath Dr. Einbau-Thorn und Dr. Martens-Grauden; als Stellvertreter die Herren Dr. Wallenberg-Danzig und Dr. Steppuhn-Dt. Enlah.

[Die Ausweisungen Deutscher aus Rußland] dauern fort. So ist dieser Tage ein Lehrer, der 24 Jahre dort gewirkt, ausgewiesen worden und in bitterster Noth in Ench angekommen.

* [Von der Weichsel.] Plehendorf, 10. Jan.: Wasserstand am Oberpegel 3,71 Meter, Unterpegel 3,68 Meter. Die Eisverhältnisse sind auch heute noch überall unverändert. Die Eisdecke wird nach wie vor mit Fuhrwerk aller Art passiert.

* [Inspection.] Der Unterrichtssecretär Dr. Lucas vom Cultusministerium, welcher kürzlich den Regierungsbezirk Danzig bereiste, hat eine Reise nach Posen und Westpreußen angetreten, um die Schulen zu inspiciern.

* [Gastspiel.] Ende dieses Monats steht an unserem Stadttheater ein Gastspiel Ludwig Barnas in Aussicht. [Erhebungen über Bodenrente.] Der Minister für Landwirthschaft hat den landwirthschaftlichen Hauptvereinen Mittheilung gemacht, daß es ihm erwünscht sei, über die Frage des Rückgangs der Verkaufspreise und Pachtgelber für Grund und Boden in den einzelnen Bezirken, sowie über die Höhe der Produktionskosten der Hauptgetreidearten, insbesondere in ihrem Verhältniß zu den Preisen der letzteren auf dem Laufenden gehalten zu werden. Die Vereine werden daher ersucht, bei Erstattung des Jahresberichts diesen Dingen eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und theilglichen Stoff für die gemachten Beobachtungen nach Möglichkeit beizubringen.

* [Aus dem Reichsversicherungsamt.] Durch einen Betriebsunfall auf einem Dampfschiffe der westpreussischen Dampfschiff-Gesellschaft hatte der Maschinenführer Finger der linken Hand verloren, und es war ihm hierfür von der öffentlichen Binnen-schiffahrts-Berufsgenossenschaft eine Rente von 30 Pro. desjenigen Betrages, den er bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit zu fordern gehabt haben würde, zugewilligt worden. Diese Rente erachtete W. für unzureichend und beschritt den Alagem, indem er ausführte, daß er infolge der Verletzung der Hand seinen bisherigen Beruf, in welchem er sich bereits gute technische Kenntnisse erworben und daher ein gutes und sicheres Auskommen gehabt habe, aufgeben und eine andere Thätigkeit ergreifen müsse, bei welcher er weit kargerlöhner Lohn erhalte. Das Reichsversicherungsamt entschied, nachdem das Schiedsgericht zu Danzig, den Ausführungen des Alägers folgend, dessen Rente auf 75 Pro. erhöht hatte, sich zwar gleichfalls im Princip für eine Berücksichtigung

*) Bezüglich dieses Reiterfestes erzählt die „Zagl. Rundsch.“, daß dasselbe im Februar d. J. in den umgefaßten Räumen des Ausstellungspalastes stattfinden sollte. Als ausgedehnte Theilnehmer sollten nur Mitglieder der Aristokratie zugelassen werden. Als Eintrittspreis war der Betrag von 20 Mark für die Person in Aussicht genommen. Die Vorstellung sollte ein oder zwei Mal wiederholt werden. Man rechnete auf eine Nettoeinnahme von etwa 300 000 Mark.

